

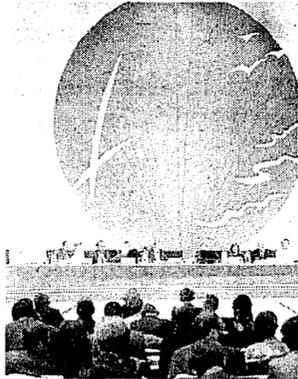
Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 90 Rp.

AKTUELL

Zum Auftakt der Klimakonferenz: Streit

Berlin (AP) Mit einem Streit um den Abstimmungsmodus bei bindenden Beschlüssen hat am Dienstag in Berlin der Klimagipfel der Vereinten Nationen (Bild) begonnen. Die deutsche Umweltministerin und Konferenzpräsidentin Angela Merkel kündigte bis zum Wochenende eine Lösung an. Zur Eröffnung rief sie alle Staaten auf, mit einem «Pakt der Vernunft» die drohende Klimakatastrophe zu verhindern. Merkel appellierte an die rund 130 Teilnehmerstaaten,



nationale Interessen zurückzustellen und an einer gemeinsamen Lösung zu arbeiten. Die CDU-Politikerin warnte jedoch vor zu hohen Erwartungen an den Gipfel. Sie habe aber den Eindruck gewonnen, es gebe eine grundsätzliche Bereitschaft zum Kompromiss, sagte Merkel. «Sonst wären wir nicht über den Vormittag gekommen.»

Der Berliner Gipfel ist die erste Nachfolgekonferenz des Klimagipfeltreffens 1992 in Rio de Janeiro.

Wer ist der neue Bischof des Bistums St. Gallen?

St. Gallen (AP) Die knapp 280 000 Gläubigen des Bistums St. Gallen haben einen neuen Bischof. Allerdings wird sein Name erst bekanntgegeben, wenn ihn der Papst bestätigt hat. Die Wahl des zehnten Bischofs von St. Gallen wurde von Misstönen überschattet, weil sich der Vatikan erstmals seit 1938 in das Verfahren einmischte. Bekannt ist der Nachfolger des am 24. September 1994 nach 18jähriger Tätigkeit zurückgetretenen Bischofs Othmar Mäder vorerst nur den 13 Domherren, die ihn gestern Dienstag nachmittag aus einer Sechserliste wählten. Der Papst hat dem Bistum zugesichert, dass er den Bischof aber innert weniger Tage im Amt einsetzen will. So soll Rom noch gestern über die Wahl informiert worden sein.

Die eigentliche Bischofswahl aus der vom Katholischen Kollegium beratenen Sechserliste erfolgte durch die 13 Domherren. Während sie in der Sakristei der Kathedrale zusammentraten, beteten im Gotteshaus hunderte für eine gute Wahl. Domdekan Ivo Fürer bedauerte dabei erneut das Verkündungsverbot des Papstes. Die eigentliche Wahl des Domkapitels nahm nur gerade rund 50 Minuten in Anspruch.

Lugano stimmt Universitätskredit zu

Lugano (AP) Das Stadtparlament von Lugano hat einer Tessiner Universität mit zwei Fakultäten und einem Anfangskredit von neun Millionen Franken zugestimmt. Eine zusätzliche Million soll der Kanton beisteuern, wie am Dienstag bekanntgegeben wurde. Das Projekt muss noch vom Kantonsparlament genehmigt werden.

Souveränitätspolitischer Gewinn oder Verlust für das Land?

Interessante Diskussion an der EWR-Veranstaltung des Landesauschusses der FBP über die Vor- und Nachteile eines EWR-Beitrittes

(mö) – Bringt uns die Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum einen souveränitätspolitischen Gewinn, oder ist damit ein Verlust an Eigenstaatlichkeit verbunden? Kann die bewährte Partnerschaft mit der Schweiz längerfristig aufrechterhalten werden, oder wird das Verhältnis zum Nachbarn systematisch zerrüttet? Diese Fragen standen am Montagabend an der EWR-Veranstaltung des Landesauschusses der FBP im Mittelpunkt der rund dreistündigen, sehr engagiert geführten Diskussion, ehe die Mitglieder eine schriftliche Abstimmung durchführten. Dabei sprachen sich knapp 61 Prozent für einen EWR-Beitritt Liechtensteins aus (das VOLKSBLATT berichtete gestern darüber).

Zur Einleitung dieser abschliessenden EWR-Diskussion des FBP-Landesauschusses präsentierte Dr. Felix Näscher einerseits die Ergebnisse der letzten, ganztägigen EWR-Veranstaltung, andererseits legte er auch seinen persönlichen Standpunkt dar. Nach Meinung des Präsidiumsmitglieds bietet der EWR «zweifellos eine Chance, unser selbstverantwortliches Handeln zu stärken und damit in der Staatengemeinschaft unser Geh- und Stehvermögen zu kräftigen». Felix Näscher ersuchte alle, den EWR «nicht einem Gefühl aus dem hohlen Bauch heraus folgend leichtfertig zu entscheiden, sondern die Für und Wider mit Verstand und Weitsicht im Kopf abzuwägen». Die für unser Land so wichtige Sachfrage erfordere es, erklärte er abschliessend, die persönliche Entscheidung tatsächlich auch als Sachfrage zu behandeln.

Vorteile überwiegen Risiken

Dr. Hubert Büchel, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, erläuterte in Kürze die seit der letzten EWR-Veranstaltung eingetretenen Entwicklungen (Vertragsanpassungen mit der Schweiz und EWRA-Neuregelungen für Liechtenstein). Insgesamt betrachtet, erklärte Dr. Büchel, trete er mit Überzeugung für ein Ja ein. Auf Befürworterseite wurden ins-



An der EWR-Veranstaltung des Landesauschusses der FBP wurde die EWR-Beitrittsfrage abschliessend noch einmal intensiv und kontrovers diskutiert.

besondere der souveränitätspolitische Zugewinn, die Aufrechterhaltung der Partnerschaft mit der Schweiz, die Erhaltung einer multifunktionalen Wirtschaft und die sich der Jugend in Zukunft bietenden Chancen als gewichtigste Argumente für einen EWR-Beitritt ins Feld geführt. Bei der Doppellösung «EWR und Zollvertrag» würden die Vorteile und Chancen die Risiken überwiegen.

Der Preis ist zu hoch

Auf der Gegenseite wurde der Gewinn an Eigenstaatlichkeit stark in Zweifel gezogen. Der Preis für gewisse Vorteile (der Industrie) sei zu hoch; wenn man fundamentalste Souveränitätsrechte

(etwa im Bereich der Personenfreizügigkeit) abtreten müsse. Kritisiert wurde, dass die Erfahrung und positive Entwicklung mit dem Zollvertrag zu wenig gewürdigt worden seien. Das Verhältnis zur Schweiz werde systematisch zerrüttet; wer verschiedene Wege einschläge, der trenne sich zwangsläufig. Als Argument gegen einen EWR-Beitritt wurde auch die Grössenverträglichkeit angeführt. Liechtenstein mit seiner Verwaltung werde gar nicht in der Lage sein, das EWR-Recht im Inland laufend umzusetzen. Man werde mit den innenpolitischen Problemen noch weniger fertig, wenn immer mehr Druck von aussen komme. Und das EWR-Recht könne eine Dyna-

mik entwickeln, die heute nicht absehbar sei. Von einer Berechenbarkeit des vorgeschlagenen Weges zu reden, sei daher unsachlich. Den Bürgerinnen und Bürgern werde von der Regierung ganz einfach zuviel Sand in die Augen gestreut. Bildlich sprach ein Landesauschussmitglied davon, dass ihm Liechtenstein wie ein Schwamm vorkomme, der sich nach allen Seiten hin aufsauge. Die Identität – sofern überhaupt noch vorhanden – gehe dabei immer mehr verloren. Die Politik müsse langsam ihre Sprache ändern: Man könne nicht nur noch von Besitz und Wohlstand reden, denn es gebe noch andere, höhere Werte. Mehr über die Diskussion auf Seite 3.

Grenzüberschreitender Handwerksverkehr: Teufel steckt im Detail

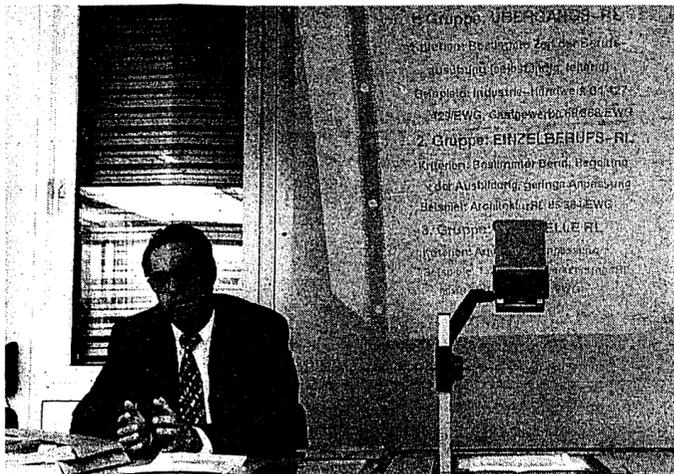
Gewerbe- und Wirtschaftskammer über die Probleme des Gewerbes – EWR-Informationen durch Ministerialrat Dr. Wolfgang Lentsch aus Wien

(G.M.) – Die Probleme für den grenzüberschreitenden Handwerksverkehr werden mit dem EWR-Beitritt grundsätzlich gelöst, weil für das Gewerbe nach Ablauf einer Übergangsfrist der freie Dienstleistungsverkehr gilt. Doch der Teufel steckt offenbar im Detail, denn Österreich verlangt für verschiedene Gewerbeberufe als Zulassungsbedingung die Meisterprüfung, die in unserem Land nicht erforderlich ist. Auch nach einem EWR-Beitritt müssen bilaterale Verhandlungen mit Österreich geführt werden, um diese Probleme auszuräumen.

Gemäss EWR-Merkblatt des Amtes für Volkswirtschaft gilt für das Gewerbe wie für alle Selbständigerwerbenden die freie Niederlassung und der freie Dienstleistungsverkehr: «Die Freiheit des Dienstleistungsverkehrs garantiert jedem gewerblich tätigen EWR-Bürger, dass er seine Leistungen grenzüberschreitend und unbehindert in einem anderen EWR-Staat ausführen darf». Der Leiter des Amtes für Volkswirtschaft und EWR-Beauftragte der Regierung, Dr. Hubert Büchel, erklärte zu Beginn der Informationsveranstaltung, dass bei einem EWR-Ja diese Regelungen gelten würden, bei einem Nein müssten nach neuen Möglichkeiten gesucht werden, um dem liechtensteinischen Gewerbe die Chance für grenzüberschreitende Handwerksstätigkeit zu eröffnen.

Wie der Referent, Dr. Wolfgang Lentsch, Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten in Wien, nach der Vorstellung der EU-Richtlinien

und der österreichischen Gewerbeordnung erklärte, handelt es sich um ein «wahnwitzig komplexes Thema». Im Prinzip kann nach seinen Ausführungen jeder Nationalstaat Richtlinien erlassen, die in ihrer Wirkung zu Behinderungen des freien grenzüberschreitenden Verkehrs führen können. Österreich hat vor kurzem eine Gewerbeordnung erlassen, die Nicht-EWR-Ländern grosse Schwierigkeiten bereitet, was auch liechtensteinische Gewerbetreibende zu spüren bekamen.



Ministerialrat Dr. Wolfgang Lentsch vom Wiener Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten hielt vor der Gewerbe- und Wirtschaftskammer einen Vortrag über den grenzüberschreitenden Handwerksverkehr. (Bild: Alfons Kieber)

Ob allerdings mit dem EWR-Beitritt sämtliche Berufsgruppen bereits in Vorarlberg Arbeiten ausführen können, darf nach den Ausführungen von Dr. Manfred Lentsch etwas in Zweifel gezogen werden. Er erwähnte, dass Österreich seine Gewerbeordnung nicht nur «europareif» ausgestaltet, sondern auch den Ausbildungsstandard beibehalten wollte. Das System der Meisterberufe soll verteidigt werden, was konkret bedeutet, dass für die Zulassung zur Ausübung von Handwerksstätigkeiten eine Meisterprüfung

nach österreichischem Muster verlangt wird. Liechtenstein verlangt hingegen für die Ausübung eines selbständigen Gewerbes nicht für alle Berufe die Meisterprüfung. Demzufolge müsste also Österreich entweder die liechtensteinischen Meisterprüfungen (die in der Schweiz erworben wurden) anerkennen oder die liechtensteinischen Gewerbetreibenden müssten die österreichische Meisterprüfung ablegen, um die erwünschte Tätigkeit ausüben zu können.

Ohne bilaterale Verhandlungen, die eine Anerkennung der Meisterprüfungen oder Zulassungsbedingungen bringen, dürfte es wohl nicht abgehen, auch wenn Liechtenstein dem EWR beitrifft. Der Referent erwähnte in diesem Zusammenhang, dass auch zwischen Deutschland und Österreich, die beide EU-Mitglieder sind, rund dreissig Meisterprüfungen gegenseitig anerkannt worden seien.

Allerdings gab er auch zu verstehen, dass die EWR-Teilnahme eine gute Basis darstelle, um zu einer bilateralen Regelung zu kommen. Die Verhandlungen der Schweiz zeigten, dass es für ein Nicht-EWR-Land recht schwierig sei, zu Verhandlungsergebnissen zu gelangen. Auf die Frage nach der Stellung der österreichischen Innungen, die ein gewichtiges Wort bei wirtschaftspolitischen Fragen mitreden könnten, gab Dr. Lentsch die Antwort, dass diese zweifellos auf «ihre Sachen schauen» würden. Aber wenn die Qualifikation – sprich die Anerkennung der Meisterprüfung – stimme, dann könnten die Probleme beseitigt werden.